

Fachbeitrag Schweizer Verband für Krisenkommunikation VKK

Vertrauen in die Behörden ist wichtiger als die Massnahmen im Detail

Das Erfordernis von Massnahmen zur Entlastung des Gesundheitswesens lässt sich nicht im Ernst bestreiten. Allerdings soll sich nicht die stärkste Lobby durchsetzen. Nötig sind seriöse Wirkungsanalysen. Für wissenschaftliche Begleituntersuchungen bieten die föderalistischen Unterschiede in der Schweiz gute Voraussetzungen. Der hilflose Ruf nach «harten Massnahmen» ist nicht zielführend. Gefragt sind wirkungsvolle Massnahmen, die mehr Nutzen stiften, als Kollateralschäden verursachen, und deren Vermittlung so überzeugend ist, dass sie von der Bevölkerung auch tatsächlich umgesetzt werden.

1. Politisches System

Das politische System der Schweiz zeichnet sich aus durch Konkordanz und Föderalismus. Die Konkordanz führt dazu, dass in den meisten exekutiven Gremien verschiedene Denkmodelle und Prioritäten vertreten sind. Dies führt dazu, dass es schwieriger ist als für andere Regierungen, ein bestimmtes Anliegen maximal zu verfolgen. Vielmehr fördert das System eine Optimierung verschiedener Aspekte. Dies ist ein Vorteil.

Der Föderalismus gründet auf der Ablehnung der Bildung eines Bundesstaates insbesondere durch die kleinen katholischen Kantone, die diesen im Sonderbundskrieg 1847 bekämpften. Die liberalen Kantone setzten nach ihrem Sieg nicht auf Unterdrückung, sondern auf Integration und belassen den Kantonen so viele Kompetenzen wie möglich. Dies gilt auch in der aktuellen Krise und führt dazu, dass nicht überall in der Schweiz dieselben Bestimmungen gelten. Es bewirkt auch, dass der Bundesrat nicht einfach autoritär entscheiden, sondern mit den Kantonen den Dialog suchen soll.

2. Lobbying

Lobbying ist ein üblicher Vorgang, der nicht direkt mit unserem System zusammenhängt, sondern überall vorkommt. Die Medien verkünden, welche Lobbyisten die Moral auf ihrer Seite haben:

Die Chefärzte äussern ihre Forderungen «in neuer Klarheit» (NZZ), ihr «Hilferuf» wird von kaum einem Medium kritisch hinterfragt. Dabei wären es gerade Antworten auf kritische Fragen, die Vertrauen schaffen. Haben sich die Spitäler richtig auf die zweite Welle vorbereitet? Ist es sinnvoll, mitten in der zweiten Welle Spitäler (Paracelsus-Spital Richterswil) zu schliessen? Eignet sich die Pandemie dazu, mit geschicktem Taktieren andere finanzielle Probleme zu lösen?

Gegenpool sind die Wirte, die sich nach dem Urteil der meisten Medien nur um materielle Werte kümmern. Ist es korrekt, die Wirte aufwendige Schutzkonzepte ausarbeiten und entsprechende Investitionen umsetzen zu lassen, bevor ihre Lokale teilweise oder ganz geschlossen werden? Riskieren die Wirte bloss einen – in der aktuellen Lage vertretbaren – Vermögensverlust oder geraten sie und ihre Mitarbeitenden in finanzielle Turbulenzen, die auch gesundheitliche Folgen zeitigen?

Über eine auffallend schwache Lobby verfügen die Erbringer präventiver Gesundheitsleistungen: Fitnesscenters und Hallenbäder. Niemand bestreitet, dass regelmässige Bewegung das Immunsystem stärkt. Niemand bestreitet, dass ein Verlust der Stütz Muskulatur die Betreuung von Patientinnen und Patienten auf der Intensivstation deutlich aufwendiger macht. Alle einschlägigen Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass Übergewicht ein substanzielles Risiko auch bezüglich Covid-19 darstellt. Da diesbezüglich kaum Lobbyarbeit betrieben wird und die meisten Menschen, die sich aktiv um ihre

Gesundheit bemühen, gesundheitlich begründete Restriktionen oppositionslos akzeptieren, werden Sportanlagen als «Freizeiteinrichtungen» in einem Atemzug mit Casinos eingeschränkt, während der Bund den Betrieb von Bordellen weiterhin gestattet.

Die Task Force Covid-19 hätte den Auftrag, den Bundesrat zu beraten. Ihre öffentlichen Appelle lassen allerdings wissenschaftliche Ernsthaftigkeit vermissen. Vielmehr handelt sich um Lobbying, das einer offiziellen Beratungsgruppe des Bundesrats genau genommen nicht zusteht.

3. Stringenz und Verständlichkeit der Massnahmen

Am klarsten bekannte sich bisher der Zürcher Regierungsrat zu Stringenz und Verständlichkeit der Massnahmen. Die Bevölkerung soll die Einschränkungen nachvollziehen können. Massnahmen sollen daher stringent und mit langfristiger Optik erlassen werden. Ausdrücklich distanzierte sich der Zürcher vom Berner Regierungsrat, der im Oktober lediglich fünf Tage benötigte, um dreimal Verschärfungen zu diktieren. Eine solche Hektik basiert weder auf Fakten noch ist sie nachvollziehbar.

Der GAU erfolgte letzte Woche: Nachdem die Kantone den Auftrag, weitere Massnahmen zu treffen, erfüllt hatten, wurden sie von einer spontanen Medienkonferenz des Bundesrates desavouiert. Dies untergrub die Glaubwürdigkeit sowohl des Bundesrats als auch der Kantonsregierungen.

Weiter untergraben wurde die Autorität des Bundes dadurch, dass das BAG technologisch auf die Krise schlecht vorbereitet war, was sich etwa darin äusserte, dass die Infektionszahlen anfänglich per Fax übermittelt wurden. Neben verschiedenen Pannen führten vor allem Berichte, dass die Covid-App nicht rechtzeitig warnt und teilweise die Eingabe der – zu spät zur Verfügung gestellten – Codes verweigert, zu einem Reputationsschaden des ganzen Krisenmanagements.

4. Wissenschaftlichkeit

Forschung wird zurzeit öffentlich in Echtzeit zelebriert. Je knackiger eine Hypothese tönt, desto einfacher findet sie den Weg in die Öffentlichkeit – meist nicht als Möglichkeit vermittelt, sondern als schlagzeilenträchtige Tatsache. Forschung ist a priori ein Prozess voller Kontroversen. Es ist die Folge geschickter Lobbyarbeit, aber schlicht unqualifiziert, über Forderungen «der Wissenschaft» zu berichten. Die Kardiologie ist nicht immer einig mit der Immunologie, die Psychiatrie, die Präventivmedizin, die Pädiatrie stimmen der Virologie nicht zwingend zu. Hinzu kommen alle nichtmedizinischen Wissenschaften. Und innerhalb jeder Wissenschaft existieren verschiedene Positionen.

5. Kommunikationschaos

In den letzten Tagen ist die Kommunikation aus dem Ruder geraten. Als Spitze des Eisbergs wandte sich die Zürcher Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli über ein Interview mit dem Tagesanzeiger öffentlich an den Bundesrat, er solle Restaurants und «Freizeitangebote» schliessen, da ihre Forderung in der Zürcher Regierung offenbar nicht mehrheitsfähig ist. Die Folge ist kontraproduktiv: angedrohte Verbote führen tendenziell dazu, dass viele Menschen geplante Tätigkeiten vorziehen, wodurch die Menschenansammlungen verdichtet werden. Gerade dies aber sollte man verhindern.

Mit Daniel Koch verfügte die Schweiz in der ersten Phase der Pandemie über einen glaubwürdigen Kommunikator, der die Bevölkerung von den getroffenen Massnahmen weitgehend überzeugte. Dies war, neben klimatischen Faktoren, ein wesentlicher Grund für den vergleichsweise raschen Rückgang der Infektionen nach der ersten Welle. Nach Kochs Abgang fehlte eine vergleichbare Persönlichkeit. Mit der Übertragung der Verantwortung an die Kantone wurde die Kommunikation verwirrlicher. Je hektischer der Erlass von Massnahmen, desto mehr leidet die Klarheit.

Zum Wiederaufbau des Vertrauens in die Behörden wäre eine Auseinandersetzung mit den Kollateralschäden der getroffenen Massnahmen zwingend. Jede Beschränkung hat ihre Folgen.

Deren Bilanz muss positiv sein, sonst ist die Massnahme kontraproduktiv. Wird dies offen thematisiert, steigt das Verständnis in der Bevölkerung.

Dass der Erlass stringenter Massnahmen schwierig ist, zeigt das Beispiel des Altersturnens: Je älter und gebrechlicher ein Mensch ist, desto negativer wirkt sich jede Woche aus, in der es fehlt. Gleichzeitig ist Turnen in der Gruppe ein potenzielles Ansteckungsrisiko. Entsprechende Gewichtungen hätten im Sommer vorgenommen werden müssen. Jetzt fehlt dazu die Zeit. Der Entscheid des Bundesrats vom 11. Dezember, alle Gruppenaktivitäten bis 22. Januar zu untersagen, nimmt den Ausfall aller Formen von Altersturnen in Gruppen als Kollateralschaden in Kauf, obwohl die Konsequenz in einer Mehrbelastung des Gesundheitssystems bestehen könnte, das an sich durch die Massnahmen entlastet werden sollte.

16. Dezember 2020

Bernhard Schneider

Vorstandsmitglied Schweizer Verband für Krisenkommunikation VKK

bernhard.schneider@schneidercom.ch